



»Glaubt etwa die Augsburgerin, ihr Unwillen und ihr Schweigen widerlegten die Tatsachen der Zeit?« (Karl Marx) *

Perlachgucker

Zeitung der DKP Augsburg

Februar 2025

Kriegstüchtig bis zum Endsieg? S. 1	Zensur in Augsburg..... S. 3
Berliner Apell..... S. 1	Brecht zum Krieg..... S. 3
Mit RENK eine gute Zukunft?..... S. 2	Tarifrund ver.di S. 4

Kriegstüchtig bis zum Endsieg?

Auf der einen Seite

Überall muss gespart werden.

Bei maroden Gleisen und Brücken: Kein Geld.

Noch krasser: Man erzählt uns durch Schließung von Krankenhäusern werde unsere medizinische Versorgung verbessert!

usw...

Wer nicht gerade ein oder zwei Porsche in der Garage hat, wird problemlos die Liste ergänzen können, wo noch bei der Grundversorgung für die Bevölkerung gespart wird.

Auf der anderen Seite

In einem Bereich des Staatshaushalts wird nicht gespart: Bei der Aufrüstung. Unter Politikern gab es in letzter Zeit geradezu einen Wettbewerb, wer am meisten für Waffen ausgeben will. Momentane Spitzenreiterin (20.1.2025): Alice Weidel von der AfD. Sie fordert einen Wehretat in der Höhe von 5% des Bruttoinlandsprodukts. Damit würde die Hälfte aller Steuern für Aufrüstung verwendet!

Bei allen Unterschieden der Parteien, da sind sie sich von AfD bis SPD einig:

Aufrüsten ist die Devise!

Und Eskalation ist das Ergebnis.



Frau Strack-Zimmermann, Mitglied der FDP, fordert die Lieferung von deutschen Taurusraketen in die Ukraine. Putin hat erklärt, dass das den Kriegseintritt Deutschlands bedeuten würde, mit allen Konsequenzen.

Schon 2026 sollen in Deutschland neue Mittelstreckenraketen der NATO aufgestellt werden. Raketen, die erstschlagfähig sind. Das bedeutet, sie sind so schnell, dass damit die Rückschlagfähigkeit des Gegners zum Teil zerstört werden soll. Im Atomkrieg sollen sich die eigenen Verluste in akzeptablen Grenzen halten.

Die Stationierung solcher Raketen 2026 in Deutschland spitzt die jetzt schon gefährliche Situation weiter zu. Was würde von unserem Land im Kriegsfall übrigbleiben?

Und in so einer Situation schwafelt ein SPD-Verteidigungsminister von „Wieder kriegstüchtig werden“!

Der Berliner Appell, ein Aufruf, unterzeichnet von Vertretern eines breiten gesellschaftlichen Spektrums, wendet sich eindrücklich gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen. Mit diesem Aufruf sollen alle Kräfte gesammelt werden, um eine breite Bewegung zu organisieren, die sich nicht kriegstüchtig machen lassen wollen. Die DKP unterstützt den Berliner Appell

Unterschreibt ihn, werdet selbst aktiv, lasst euch nicht einfach in den Krieg treiben.

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine

Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.



Mit RENK und Rüstung in eine gute Zukunft?

Im Februar 2022 rief SPD-Kanzler Scholz die „Zeitenwende“ aus. Seitdem erleben wir eine nie dagewesene Militarisierungskampagne der deutschen Gesellschaft.

Natürlich sieht in dieser Entwicklung auch die RENK AG neue Absatzchancen – das Stammwerk mit rund 1.500 Beschäftigten befindet sich in Augsburg.

In der Vergangenheit geriet der Getriebehersteller und Rüstungszulieferer immer wieder in Kritik. So wurden seine Getriebe in Panzern von Staaten eingebaut, die offen Krieg führen. Beispielsweise setzten die Vereinigten Arabischen Emirate Panzer mit RENK-Getrieben im Jemen ein. Der andauernde Krieg führte laut UN-Einschätzung zur schwersten humanitären Krise unserer Gegenwart.

Der innenpolitische Wind hat sich jedoch gedreht. Waffenexport-Kritiker werden als Lumpenpazifisten und Putinknechte verleumdet.

Einmütig verkünden die Meinungsmacher unserer Republik: Rüstungsunternehmen leisteten einen wichtigen Beitrag zur bundesdeutschen „Verteidigungsfähigkeit“. Zudem böten sie gute und sichere Arbeitsplätze. Auch manche Spitzenfunktionäre unserer Gewerkschaften stoßen, ihren Friedensauftrag vergessend, in dasselbe Horn.

Doch was bedeutet es wirklich für Renk am Standort Augsburg zu arbeiten? Die Plattform kununu, bei der Beschäftigte ihre Arbeitgeber bewerten können, legt eine differenziertere Sicht nahe. Besonders seit Übernahme durch die schwedische Beteiligungsgesellschaft Triton Partners habe sich das Betriebsklima merklich verschlechtert, klagen viele Angestellte.

Es fehle an kollegialem Zusammenhalt.

„Viele Kolleginnen und Kollegen seien

falsch und hinterücks“, schreibt ein Nutzer. Die personelle Zusammensetzung ändere sich schnell. Neuzugänge verließen das Unternehmen bereits nach kurzer Zeit.

Der Informationsfluss sei zudem zäh. Diese Klage ist häufig zu lesen. Immer wieder wird auch die Mitarbeiterführung kritisiert: Ein Angestellter meint, dass die Führungsebene über eine „Angstkultur“ steuere. Das Management sei „zahlenfixiert“, der Faktor Mensch spiele keine Rolle mehr. Ein anderer Nutzer beschrieb das Vorgesetztenverhalten mit der Formel „Ohne Worte“. Darüber hinaus sei es um innerbetriebliche Weiterbildungschancen und Tätigkeitswechsel schlecht bestellt.

Also doch nicht – „Wohl denen, die Rüstungs- und Energiekonzerne in der Nähe haben“, wie die WirtschaftsWoche Mitte Dezember titelte? Auch im Zusammenhang mit dem Abbau von 35.000 Stellen bei der Volkswagen AG kam immer wieder die Frage auf, ob man die Gestrandeten nicht ins Rüstungsboot aufnehmen könne.

Ob aber die Betriebe der Rüstungsindustrie die Massenentlassungen überhaupt kompensieren können, steht in den Sternen. Klar ist jedoch, dass es nicht die Lohnabhängigen in Deutschland sein werden, die von der Aufrüstungspolitik profitieren werden.

Die, die es tun, sind die großen Aktionäre der sich am Geschäft Krieg beteiligenden Unternehmen. Die ökonomischen und sozialen Lasten der Aufrüstung werden bereits heute auf die Lohnabhängigen und Armen der Republik abgewälzt.

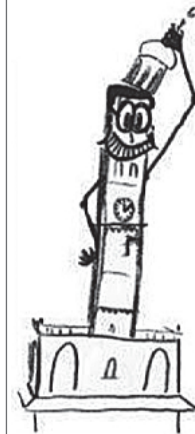
Wird bei wichtigen sozialen und klimapolitischen Projekten der Rotstift angesetzt und sofort die Haushaltsdisziplin angeordnet, gibt der Staat enorme Summen für Güter aus, die nur eines können – Tod und Zerstörung bringen.

Und wofür? Im Falle eines Dritten Weltkrieges würde Deutschland unweigerlich zum Schlachtfeld. Da ein solcher Krieg zwischen den Großmächten aller Wahrscheinlichkeit nuklear eskalieren würde, würde Deutschland danach wahrscheinlich nur noch als geographischer Begriff existieren.

Aber wie können wir dieser uns von den Herrschenden nun eingebrockten Kriegsgefahr entgegenstellen?

Augsburgs großer Sohn, Schriftsteller Bertolt Brecht, hat versucht, darauf eine Antwort zu geben: Seiner Einschätzung nach sind es die lohnabhängigen Massen, die sowohl Möglichkeit und Interesse daran haben, Kriege zu verhindern. Sie sind es, die Panzer

Griag eich, I bin's wieder – d'Perlachgugga!



Meiomei – I hoff, eich geht's besser wie mia! I glob, dia da drunt' ham's auf mi abgseha! Dia wolln bei mir a Wurzlbehandlung macha! Dauernnd bohrens um mei Plattform umaranand, haun da ganz dicke und fünf Meter lange „Schrauba“ nei, als wollten's nach

Öl bohra und dann kommt wiede an Stahldeckl drauf – I hab glei gar koi Rua mehr!

Aber richtige Rua kommt da wohl ned auf, des Jahr! Aber des sig I au in dr restliche Schdad ned: Des Theater mit dem Theater wird deirer, da Architekt ham's nausghaut, des

Schdrossabohtunnel unterm Bahnhof dauert länger...deirer wird's bestimmt au, a 50-Meter-Schwimmbegga in der Halle gibt's immer no ned, im grofa Karstadt is jetzt bloß no dr' Aldi drinna und nachdem au des kirchliche Weltbild den Bach nunda ganga is, hot dia Biros etza dr' Renk übernomma.

Ihr wissts scho, des is dia Firma in Geggina, dia wo dia Getriebe für ganz viele Fahrzeig herstellta duan und grad subba guad Geld verdiena, weil se au ganz viel baua duan, was ma in Panza und so a Graffl neibaua koh – 50 Getriebe für Panzerhaubitza lieferns grad – da braucht ma scho neie Biros, wenn ma' so guad am Griag verdiena duad! Se schreiben's selba im Internet drin, dass se grad bsonders guad doschdeha duan – 2023 ham se 926 Milliona Umsatz gmacht!

Wia war des glei noamol? „Griag und Leichn – Gwinne für de Reichn!“ Oder moint oiner von eich, dass se des ihre Mitarbeiter bei der aktuelln Tarifrunde geba wolln?

*I glob's ja ned!
d'Perlachgugga*



„Was macht ihr, Brüder?“ – „Einen Eisenwagen.“
„Und was aus diesen Platten dicht daneben?“
„Geschosse, die durch Eisenwände schlagen.“
„Und warum all das, Brüder?“ – „Um zu leben.“

Aus der Kriegsfibel von Bertolt Brecht (überarbeitete Collage)

und Bomben bauen, die auf den Schlachtfeldern kämpfen, die Versehrte in Lazaretten behandeln, die zivil wie militärisch nutzbare Straßen, Gebäude oder Brücken bauen oder in Kriegszeiten weiter für gefüllte Auslagen in Supermärkten und Online-Warenhäusern sorgen. Sie sind es auch, die von Kriegsfolgen am härtesten und direktesten getroffen werden. Wer das nicht glaubt schau in die Ukraine: dort werden nicht die Söhne der Politiker- und Reichen als Kanonenfutter verheizt. Deswegen: Stoppt die Kriegstreiber in unserem Land!

Für den Erhalt der demokratischen und friedenspolitischen Debattenkultur in Augsburg



Demonstration in Augsburg gegen den Krieg in Gaza. Überall auf der Welt protestieren die Menschen gegen den Völkermord

Im letzten Perlachgucker haben wir von der Initiative Augsburg für Palästina berichtet. Augsburg für Palästina tritt für ein friedliches Zusammenleben von Juden, Christen und Muslimen ein. Sie wendet sich gegen Rassismus, ausdrücklich auch gegen Antisemitismus. Hauptanliegen der Initiative ist die Beendigung des Krieges des Staates Israel gegen die Bevölkerung in Gaza mit der Freilassung aller Geiseln. Seit über einem Jahr organisieren sie zweiwöchentlich Kundgebungen und Demonstrationen und informieren über die aktuelle Situation in Palästina.

Im Rahmen der 45. Augsburger Friedenswochen wollte die Initiative im Grandhotel Cosmopolis ein Film mit dem Titel „Road to Apartheid“ zeigen. Kurz vor dem Vorführungstermin erhielt das Grandhotel einen Brief von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft: Ohne auch nur im Mindesten auf das Thema Apartheid einzugehen, wurde den Autoren des Films unterstellt, antisemitische Ressentiments zu verbreiten. Das Grandhotel sollte die Vorführung unterbinden.

Beim Grandhotel Cosmopolis e.V. handelt es sich um einen Verein, der unterschiedliche Kulturen und Menschen einander näher bringen will. Angeboten wird ein Programm, das gerade jüngere Menschen anspricht. Der Verein ist gemeinnützig und auf Spenden und öffentliche Gelder angewiesen.

Für den Verein wäre es existentiell bedrohlich öffentlich in Verbindung mit Antisemitismus gebracht zu werden. Die Veranstaltung wurde abgesagt.

Dieses Vorkommnis war leider nicht das erste in Augsburg. Schon im Vorjahr war eine Veranstaltung mit dem Journalisten Jakob Reimann mit dem Thema „Rechtsruck in Israel. Gibt es noch Chancen für den Friedensprozess?“ unter ähnlichen Vorwürfen verhindert worden. Alles was kritisch gegenüber der Politik des Staates Israel ist, wird mit dem Etikett „Antisemitismus“ beklebt. Eine ernsthafte Befassung mit der Thematik wird damit von vornherein ausgeschlossen.

Die Initiative Augsburg für Palästina

Die Autoren des Films „Road to Apartheid“ vergleichen die Verhältnisse in Israel mit denen im ehemaligen Apartheidregime in Südafrika geherrscht haben. Damit stehen sie nicht alleine da.

2021 bezeichnet die Menschenrechtsorganisation Human Right Watch nach einer umfangreichen Untersuchung die Politik Israels als Apartheidpolitik, und auch Amnesty International kam nach eigenen Nachforschungen 2022 zum selben Ergebnis.

2024 erklärte der Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten vor der UN: Die Grundlage der Apartheid in den besetzten Gebieten beruhe auf dem zu tiefst diskriminierenden System der rechtlichen und politischen Ungleichheit.

Diese Ansicht wird auch von bedeutenden Wissenschaftlern jüdischen Glaubens geteilt, und wird selbst in israelisch akademischen Kreisen häufig so gesehen. So hat z.B. Omar Bartov, ein international renommierter Historiker und Professor für Holocaust und Völkermordforschung, eine Petition initiiert, in der es heißt: „Es kann keine Demokratie für Juden in Israel geben, während die Palästinenser unter einem Apartheidregime leben.“

wehrt sich dagegen. Ihr offener Brief „Für den Erhalt der demokratischen und friedenspolitischen Debattenkultur in Augsburg“ erhielt viel Unterstützung aus der antifaschistischen sowie Friedensbewegung aus Augsburg.

Weiter Informationen dazu in: www.dkp-augsburg.de/

Brecht zum Krieg

Brechtabend im Rahmen der 45. Augsburger Friedenswochen, veranstaltet von der DKP Augsburg am 23. Nov. im Café Neruda, Augsburg.

Zu Beginn wurde Brechts Haltung und Schaffen gegen den Krieg dargelegt. Er warnte schon frühzeitig vor Faschismus und Krieg und musste 1933 ins Exil. Im selben Jahr noch wurden alle seine Werke in Deutschland von den Nationalsozialisten verboten. Als ihm die Nazis 1935 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannten schrieb er: „Jetzt, wo sie einen neuen Weltkrieg vorbereiten, ..., brachten sie Leute wie mich um oder verjagten sie als die Verräter ihrer Anschläge“. Vertrieben aus Deutschland, setzte er den Widerstand mit seinen Mitteln fort.

Das ist lange her, bald 90 Jahre. Die Frage welche Relevanz dies für unser gegenwärtiges Leben hat, wurde gestellt. Heute fordert ein SPD-Kriegsminister Deutschland solle

wieder „kriegstüchtig“ werden. In der Rüstungsindustrie, einem der wenigen Industriezweige die boomen und dem alles andere un-

tergeordnet wird, arbeiten Zehntausende an hochtechnisierten Produkten die nur eines können: den Tod bringen. Als Beispiel wur-



de auf die Augsburger Firma Renk näher eingegangen, ihre Bedeutung als Rüstungsbetrieb in beiden Weltkriegen, der Versklavung von Zwangsarbeitern und ihrem erfolgreichen Wiederaufbau von 1945 bis heute.

Der Widerspruch der sich für die dort Beschäftigten ergibt, ist im Brechtschen Sinne kein moralischer, sondern einer der wirtschaftlichen Abhängigkeit. Wie unterschiedlich sich diese Konflikte darstellen, wurde in der Gegenüberstellung zweier Brechtstücke gezeigt. Geschrieben innerhalb von zwei Jahren, zeigen sie die sehr komplexe Situation der „Kleinen Leute“ in Kriegssituationen.

1937 schreibt er gegen General Franco, für die Verteidigung der spanischen Republik das Stück „Die Gewehre der Frau Carrar“. 1939, unmittelbar nach Ausbruch des 2. Weltkriegs entsteht eines seiner bekanntesten Stücke, „Mutter Courage und ihre Kinder“. Die Courage, wie auch die Carrar, allein erziehende Mütter, verlieren in den Kriegswirren Kinder, die Courage alle.

Beide Stücke wurden inhaltlich dargestellt,



Einladungskarte zur Veranstaltung „Brecht zum Krieg“

in ihrer historischen Zuordnung und ihren Aussagen interpretiert, die dazu passenden Gedichte und Lieder von Martin Mantel eindrucksvoll vorgetragen.

Brecht denunziert die armen Leute nie, aber er zeigt die erbärmliche Fratze von Faschismus und Krieg. Der Faschismus nutzt die Not und Verzweiflung der kleinen Leute um sie gegeneinander aufzuhetzen, um damit umso einfacher das Geschäft der Mächtigen zu betreiben. Brecht zeichnet das Elend des Krieges in eindringlich grellen

Farben. Es geht ihm nicht darum, Mitleid beim Zuschauer zu erregen, sondern um Einsicht, um die Wurzeln des Elends beseitigen zu können.

1955 veröffentlicht Brecht die „Kriegsfiabel“, mit Bildern der Opfer und Täter, kommentiert mit Versen. Der letzte Vers zu Faschismus und Krieg endet mit der Zeile: „Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch“

Er hat an Aktualität nichts verloren!

Tarifrunde öffentlicher Dienst: Mehr verdient!



Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft ver.di übergeben Vertretern der Stadt Augsburg Unterschriftenlisten der Beschäftigten, in denen sie ihre Forderungen bekräftigen

Im Januar haben die Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen begonnen. Geht es nach der Bundesregierung und der „Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände“ (VKA) sollen die Kolleginnen und Kollegen leer ausgehen. Die Oberbürgermeisterin von Gelsenkirchen, Karin Welge, die als VKA-Chefin die Tarifverhandlungen für die Bosse führt, versucht bereits, die Beschäftigten gegen die Bürgerinnen und Bürger auszuspielen. „Jeder Euro, der für höhere Gehälter ausgegeben werden muss, fehlt an anderer Stelle, beispielsweise für wichtige Investitionen in die Daseinsvorsorge“, ließ sie sich schon im vergangenen Oktober zitieren. Und weiter: „Deutschland befindet sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, die strukturelle Unterfinanzierung

der Kommunen hat sich weiter verfestigt“.

Das bestreiten wir nicht mal, doch warum sind die Kommunen – unter ihnen auch unser Augsburg – immer knapp bei Kasse? Der Grund dafür sind politische Entscheidungen. Wenn Milliarden in die Aufrüstung und in Waffenlieferungen für die Ukraine und Israel fließen, wenn der Kriegsetat auf zwei (Regierungspolitik), 3,5 Prozent (Habecks Forderung) oder fünf Prozent (Trumps Befehl) des Bruttoinlandsprodukts steigt, dann sind das Milliarden, die für die Beschäftigten UND für die Daseinsvorsorge fehlen. Aber warum sollten sich Bürgermeisterin Eva Weber und die anderen Stadtoberen auch dagegen aussprechen? Die „Friedensstadt“ beherbergt doch Rüstungsschmieden wie Renk und MAN, und die verdienen sich an Mord und Zerstörung eine goldene Nase.

Wenn die Bosse behaupten, dass „die Zeiten hoher Inflation vorbei“ seien (nochmal Frau Welge), dann zeigt das nur, in was für einer Welt diese "Herrschaften" leben. Sie hocken in ihren Villen und müssen sich keine Sorgen machen, wie sie die Miete bezahlen sollen. Sie kümmern sich nicht um ständig steigende Energiepreise, sie müssen nicht immer mehr für Lebensmittel, Nahverkehr, Post usw. ausgeben – oder es interessiert sie bei ihren fünfstelligen Monatseinkommen einfach nicht.

Und dass Geld da ist, beweist auch die Stadt Augsburg, wenn zum Beispiel allein für die Sanierung des Staatstheaters für 2025 und 2026 fast 100 Millionen Euro ausgegeben werden sollen – ob dabei die Schmierkomödie um die Abberufung des beauftragten Architektenbüros überhaupt schon eingerechnet ist, wurde bisher nicht mitgeteilt.

Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst und ihre Gewerkschaften haben recht, wenn sie für ihre Arbeit ordentlich vergütet werden wollen. Gefordert werden insgesamt acht Prozent mehr Gehalt, mindestens aber ein Plus von 350 Euro monatlich. Ausbildungsvergütungen und Entgelte für Praktikant*innen sollen um 200 Euro monatlich steigen. Darüber hinaus fordert ver.di drei zusätzliche freie Tage, um die zunehmende Arbeitsbelastung auszugleichen. Es kommt jetzt darauf an, Druck für die Durchsetzung dieser Forderungen zu entwickeln. Die DKP steht solidarisch an der Seite der Streikenden.